

## Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 206-2019  
Vorstossart: Motion  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.254

Eingereicht am: 02.09.2019

Fraktionsvorstoss: Ja  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: Grüne (von Wattenwyl, Tramelan) (Sprecher/in)  
Baumann (Suberg, Grüne)  
Grupp (Biel/Bienne, Grüne)  
Hamdaoui (Biel/Bienne, CVP)

Weitere Unterschriften: 9

Dringlichkeit verlangt: Ja  
Dringlichkeit gewährt: Nein 09.09.2019

RRB-Nr.: vom  
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert  
Antrag Regierungsrat:



### Freihandelsabkommen mit dem MERCOSUR: Der Kanton Bern muss aktiv werden!

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei Bundesrat und Bundesversammlung zu intervenieren, damit die Schweiz das Abkommen mit den Mercosur-Staaten nur abschliesst, wenn Artikel 104a Buchstabe d der Bundesverfassung eingehalten wird.

#### Begründung:

Am 24. August 2019 hat der Bund vermeldet, dass die EFTA- und Mercosur-Staaten in Buenos Aires ihre Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen in der Substanz abgeschlossen haben. Das Abkommen sieht für mehrere Bereiche, u. a. für den Agrarbereich, eine Zollbefreiung vor. Mit dem Abkommen gewährt die Schweiz den Mercosur-Staaten im Agrarbereich für ausgewählte Produkte erstmals auch zusätzliche Kontingente ausserhalb ihrer WTO-Verpflichtungen. Die Kontingente betreffen beispielsweise 3000 Tonnen Rindfleisch, 1000 Tonnen Pouletfleisch, Futtergetreide, gewisse Früchte und Gemüse, Speiseöle (Soja und Erdnussöl) usw.

Dieses Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten enthält sehr schwache Kontroll- und Sanktionsmechanismen für den Fall, dass die von diesen Staaten eingegangenen Sozial- und Umweltverpflichtungen verletzt werden. Es wäre jedoch von grösster Wichtigkeit, dafür zu sorgen, dass Mindestgarantien namentlich zum Schutz der lokalen Landwirtschaft und zur Bekämpfung

fung der Abholzung gewährleistet werden. Die Bauernorganisationen und Umweltverbände zeigen sich besorgt über die sehr schlimmen Auswirkungen, die die Umsetzung dieses Abkommens in Bezug auf die Einhaltung dieser Mindestgarantien haben könnte. Diese Sorgen hängen nicht zuletzt mit den derzeit im Amazonasgebiet wütenden Bränden zusammen, die u. a. eine Folge der von der brasilianischen Regierung unterstützten intensiven Abholzung sind. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat vor kurzem eine Kehrtwende gemacht und angekündigt, dass Frankreich das ausgehandelte Abkommen so nicht werde unterzeichnen können. Er kritisierte damit die Untätigkeit des brasilianischen Präsidenten, Jair Bolsonaro, im Bereich Klima und Biodiversität.

Die Bevölkerung muss die Möglichkeit haben, sich zu diesem Freihandelsabkommen mit weitreichenden Folgen äussern zu können. Es ist aber noch nicht sicher, dass die Ratifizierung dieses Abkommens durch die Bundesversammlung auch ein fakultatives Referendum vorsieht, da der Bundesrat bisher zu diesem Thema geschwiegen hat.

Begründung der Dringlichkeit: Das Abkommen wurde von Bundesrat Guy Parmelin bereits unterzeichnet, es muss aber noch ratifiziert werden.

Verteiler

- Grosser Rat